NACHRICHTEN
Österreich
09. Juni 2025

Wien: FPÖ-Chef warnt vor sozialer Hängematte für Flüchtlinge!

FPÖ warnt vor sozialer Hängematte in Wien für subsidiär Schutzberechtigte. Aktuelle Zahlen zeigen 11.000 in der Stadt.

Wien, Österreich - FPÖ-Chef Dominik Nepp hat am 9. Juni 2025 alarmierende Zahlen zur Situation von subsidiär Schutzberechtigten in Wien veröffentlicht. In einer Pressemitteilung merkt Nepp an, dass Wien zur „sozialen Hängematte“ für diese Gruppe geworden sei. Aktuelle Statistiken des Innenministeriums belegen, dass etwa 84 Prozent der subsidiär Schutzberechtigten in Österreich in Wien leben. Dies entspricht mehr als 11.000 von insgesamt über 13.000 Personen, die in diesem Status sind.

Die Mehrzahl dieser subsidiär Schutzberechtigten sind syrische Staatsangehörige. Nepp fordert eine kritische Überprüfung der Zuwanderungspolitik der aktuellen rot-pinken Stadtregierung,

die er als verfehlt und sicherheitsgefährdend bezeichnet. Er empfiehlt, die Leistungen für diese Gruppe zu kürzen, um den Zustrom nach Wien zu stoppen.

Hintergrund zum subsidiären Schutz

Subsidiärer Schutz wird gewährt, wenn im Herkunftsland der Schutzsuchenden ernsthafter Schaden droht und weder Flüchtlingsschutz noch Asylberechtigung gewährt werden können. Dies können gravierende Gefahren wie die Verhängung oder Vollstreckung der Todesstrafe oder Folter sein, die sowohl von staatlichen als auch von nichtstaatlichen Akteuren ausgehen können. Diejenigen, die als subsidiär schutzberechtigt anerkannt werden, erhalten zunächst eine Aufenthaltserlaubnis für drei Jahre und können unter bestimmten Voraussetzungen später eine Niederlassungserlaubnis beantragen. Arbeitsmarktzugang haben sie ohne Einschränkungen.

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für subsidiären Schutz und dessen Folgen sind klar definiert. Ein Umstand, der in der aktuellen Debatte über Zuwanderungspolitik und soziale Leistungen in den Vordergrund rückt.

Entwicklung der Asylanträge

Die Lage im Bereich Asyl zeigt zudem einen signifikanten Rückgang von positiven Entscheidungen. Im April 2025 gab es nur 3.593 positive Entscheidungen im Asyl- und subsidiären Schutzbereich, was einem Rückgang von 62 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Dies ist der niedrigste Stand seit Anfang 2021 und betrifft vor allem syrische Antragsteller, deren positive Entscheidungen sich im Vergleich zum Vorjahr um 98 Prozent verringerten. Trotz des Rückgangs stellen Afghanen mit 2.286 positiven Entscheidungen die größte Gruppe dar, gefolgt von Somaliern mit 440 positiven Asylentscheidungen.

Insgesamt wurden im Jahr 2025 6.056 Asylanträge in Österreich

gestellt, was einem Rückgang von 35 Prozent im Vergleich zum Vorjahr entspricht, wobei Kinder 51 Prozent aller Anträge ausmachten.

Die aktuellen Entwicklungen zeigen, wie wichtig eine gezielte und geeignete Zuwanderungspolitik für die Zukunft Wiens und Österreichs ist. Das Augenmerk liegt nicht nur auf der Zahl an Schutzbedürftigen, sondern auch auf der Integrationsfähigkeit und den sozialpolitischen Auswirkungen. Der Österreichische Integrationsfonds (ÖIF) wird weiterhin aktuelle Zahlen und Daten zur Asyl- und Integrationssituation in Österreich bereitstellen.

Details	
Ort	Wien, Österreich
Quellen	• **www.ots.at** • **www.bamf.de** • **www.integrationsfonds.at**

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at